so wird die Antwort der Geschichte lauten: der deutsche Reichstag einschließlich der konservativen Partei!

Aber während der Reichstag dieses Zerstörungswerk vollbrachte, hat er, vor die Aufgabe gestellt, etwas Neues dafür zu schaffen, vollständig versagt. Es ist dem Lande und dem Auslande von Rednern aller Parteien zugerufen worden, daß das Deutsche Reich keinen Kaiser hat, auf dessen politische Einsicht und Regierungskunst es sich verlassen kann. Der Abend des 11. November trägt viel schlimmere Kunde in alle Welt: das deutsche Volk hat auch keinen Reichstag, auf dessen Mut, Einsicht und Entschlußkraft es sich verlassen könnte. Wir werden weder nach absolutistischen, noch nach konstitutionellen Prinzipien regiert, sondern nach gar keinen.

Kein Kaiser und kein Parlament, das ist das Ergebnis, weder Despotie noch Parlamentarismus, sondern **kaiserlich deutsche Reichsanarchie.** Diese Anarchie bleibt nun als eine schwere innere Krankheit, die, da sie nicht geheilt wird, das unglückliche Reich mit noch viel schlimmeren Anfällen heimsuchen wird als jene, die wir in den letzten Tagen erlebt und erlitten haben.

Kraft und Heilung liegen nur bei dem Volke selbst!

Das Echo vom Ausland.

Aus London wird gemeldet:

Der **Daily Telegraph** weist die Behauptung des Reichskanzlers zurück, daß die Gespräche des Kaisers nicht in allen Einzelheiten richtig wiedergegeben worden seien. Die Redaktion habe dafür gesorgt, daß ein so wichtiges Dokument nicht in die Welt hinausgeschickt werde **ohne die strengsten Bürgschaften dafür, daß der Kaiser die Veröffentlichung wünschte und daß der Inhalt den Ansichten des Kaisers entsprach.** Da Fürst Bülow im Reichstag erklärte, im Berichte des Daily Telegraph kämen Ungenauigkeiten vor, habe er wohl vergessen, **daß das Dokument,** als es von Deutschland in die Redaktion des Daily Telegraph zurückkam, **den amtlichen Erlaubnisstempel** („official imprimatur") **trug.** Merkwürdig sei auch die Behauptung des Fürsten Bülow, daß der Kaiser keinen Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet habe, sondern nur „Aphorismen". Das Blatt fragt: „Wie stimmt **diese Angabe des Reichskanzlers mit der Erklärung** überein, daß die **Beamten des Auswärtigen Amtes den Bericht** auf seine historische Richtigkeit geprüft haben?"

Die Morning Post bemerkt: Fürst **Bülow sagte, der deutsche Kaiser habe** seit 20 Jahren versucht, freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Deutschland zu fördern. Merkwürdig sei es, daß diese 20jährigen Versuche **niemals dem englischen oder dem deutschen Publikum bekannt geworden sind!** Das englische Auswärtige Amt wisse sicherlich nichts von diesen Versuchen.

Mit Bezug auf die Wirkung der Reichstagsdebatte auf die inneren Zustände in Deutschland erblicken die Berliner Korrespondenten der englischen Presse **keine Anzeichen einer Aenderung der Uebelstände,** über die das ganze deutsche Volk geklagt habe. Der Standard bemerkt, die gestrige Sitzung des Reichstags sei interessant gewesen, weil sie die Ohnmacht des Parlaments bloßgelegt habe gegenüber einem energischen Kaiser und einem Kanzler, der entschlossen ist, den Kaiser zu unterstützen. **Es bleibe alles beim Alten!**

*

Aus Paris wird gemeldet:

Die Kanzlerrede hat hier im allgemeinen keinen großen Eindruck gemacht. In den meisten Zeitungen wird gesagt, daß Fürst Bülow matt, beinahe widerwillig gesprochen habe. Auch vermißt man die Garantie für die Zukunft. Das wichtigste Moment der Reichstagssitzung wird allgemein darin erkannt, daß alle Parteien offenbar ein Kontrollrecht des Reichstages über die auswärtige Politik für nötig halten. In diesem Sinne bezeichnen Blätter aller Parteien, wie Petit Parisien, Echo de Paris, Figaro, Gil Blas, Humanité und andere diesen Tag als historisch.

Die Belastung des Zigarrenrauchers.

Nach der Regierungsvorlage soll die Höhe der Tabakverbrauchssteuer betragen:

für Zigarren im Kleinverkaufspreise

1.	bis zu 4 Pf. das Stück	M.	4	für 1000	Stück
2.	von über 4 bis 7 Pf. das Stück	M.	8	„ 1000	„
3.	„ „ 7 „ 13 „	M.	16	„ 1000	„
4.	„ „ 13 „ 25 „	M.	32	„ 1000	„
5.	„ „ 25 „ 50 „	M.	64	„ 1000	„
6.	„ „ 50 Pf. das Stück	M.	96	„ 1000	„

Diese Staffelung soll angeblich den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechen; da erscheint es zunächst sonderbar, daß man die Verdoppelung des Steuersatzes in der Staffel nicht auch bei den Sorten über 50 Pf. beibehalten hat. Doch das nur nebenbei.

Nach der Vorlage beträgt der Absatz an Zigarren von über 13 Pf. das Stück ¼ Prozent vom Gesamtabsatz; für den Ertrag der Steuer ist es also ganz bedeutungslos, wie hoch man die Zigarren über 13 Pf. belastet. Die hohen Steuersätze wirken hier nur als Dekoration, um die neue Steuer mit dem Mantel „sozialer Gerechtigkeit" zu bekleiden. **Der Massenkonsum** muß dem Reiche die gewünschte Mehreinnahme von 77 Millionen bringen — und dieser beträgt nach der Vorlage für alle Zigarren **bis zum Kleinverkaufspreise von 7 Pf. das Stück 92½ Prozent des Gesamtkonsums.**

Die prozentuale Belastung durch die Steuer soll nach der Vorlage bei diesen Sorten 10 bis 14 Prozent betragen. Auf dem Papier stimmt die Rechnung — in Wirklichkeit wird dieselbe eine ganz andere sein. Nehmen wir zunächst einmal die 4-Pf.-Zigarre. Der Händler, der seinen Kunden ein einigermaßen rauchbares Fabrikat bieten will, zahlt dafür 30 M. pro Mille; für die 5-Pf.-Zigarren werden jetzt im Durchschnitt 35 bis 36 M. bezahlt. Rechnet man nun lediglich die reine Steuer, ohne Spesen und Verzinsung des angewandten größeren Kapitals für den Fabrikanten, so kostet die bisherige 30-M.-Zigarre, plus 4 M. Steuer, 34 M. Der Händler kann sie nicht mehr für 4 Pf. verkaufen, sondern muß 5 Pf. im Detail dafür haben. Für die 5-Pf.-Zigarre beträgt jedoch die Steuer 8 M., die 30-M.-Zigarre wird also um 8 M. versteuert und ist deshalb schon nicht mehr als 5-Pf.-Zigarre zu detaillieren.

Also — die bisherige 4-Pf.-Zigarre ist als 5-Pf.-Zigarre nur dadurch zu erhalten, daß **das Fabrikat verschlechtert** wird.

Die Mehrbelastung für die ärmsten der Konsumenten beträgt also nicht, wie die Regierung sich herausrechnet, 10 Prozent, **sondern 25 Prozent.** Und das nennt man „soziale Gerechtigkeit"!

Wegen Verwendung geringwertiger Tabake zur Herstellung der künftigen 5-Pf.-Zigarre werden diese vielen Rauchern nicht mehr munden; können sie nicht mindestens 6 Pf. für ihre Zigarren anlegen, werden sie entweder zur **Pfeife greifen oder Zigaretten** rauchen. 66⅔ **Prozent des jetzigen Konsums sind nach der Vorlage 4- und 5-Pf.-Zigarren.**

Der in der Vorlage **wiederholt ausgesprochene Glaube, es** werde kein Konsumrückgang eintreten, es brauchten deshalb auch keine Arbeiter entlassen zu werden, klingt dem in der Industrie tätigen Fachmann geradezu kindlich. Genau so wie in anderen Ländern werden auch in Deutschland bei einer höheren Belastung der Zigarren viele Raucher der geringeren Qualitäten im wohlverstandenen Selbstinteresse zum Rauchen von Tabak und Zigaretten übergehen.

Die 6- und 7-Pf. Zigarren werden in Zukunft zu 7 und 8 Pf. nur zu detaillieren sein, wenn eine Qualitätsverschlechterung vorgenommen wird, selbst bei diesen Sorten wird deshalb mit einer Absatzverminderung gerechnet werden müssen.

Die Rechnung der Regierung mit der 77-Millionen-Mark-Mehreinnahme stimmt also nicht. Ja, wir befürchten, wenn das Minus an direkten Staats- und Gemeindesteuern mit in Rechnung gestellt wird, welche bisher die durch die Steuer um ihre Existenz gebrachten Kleinfabrikanten, Händler und Arbeiter gezahlt haben, wenn wir dazu die Mindereinnahme am Zoll für ausländischen Tabak rechnen, wird die Regierung bald die Steuerschraube aufs neue andrehen müssen und so dürfte sich die Banderolesteuer für die Industrie als eine Qual ohne Ende erweisen, bis der Weg geebnet ist — zum Staatsmonopol!

Deutsches Reich.

Das neue Besoldungsgesetz.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines neuen Besoldungsgesetzes für die Reichsbeamten zugegangen. Bei allen Angestellten des Reiches wird das **Mindestgehalt** auf 1000 M. festgesetzt. Es steigt bis 1200 M. bei Bahnwärtern, Nachtwächtern und Unterbeamten bei der Post- und Telegraphenverwaltung, auf 1500 M. bei Schaffnern und Bremsern, Schirrmännern, Portiers und Bahnsteigschaffnern. 1100 bis 1600 M. erhalten Magazinwächter, Bureaudiener, Totengräber, ferner Kirchendiener, Gärtner, Schulwärter usw. Von 1100 bis 1600 M. steigen Rottenführer, Weichensteller und Wagenwärter. Von 1200 bis 1700 M. erhalten Botenmeister, Unterbeamte der Heeres- und der Marineverwaltung, Magazinaufseher, Lokomotivheizer usw. 1300 bis 1800 M. Gehalt bekommen Post- und Telegraphengehilfinnen, 1400 bis 1800 M. Maschinenwärter, Packmeister und Stellwerks-Weichensteller, 1400 bis 2000 M. Oberaufseher in Staatsanstalten, Steuermänner, Postunterbeamten in gehobenem Dienste, Wagenmeister und Bahnhofsaufseher. Bis 2000 M. erhalten Zugführer und Oberpackmeister bei den Reichseisenbahnen. 1400 bis 2400 M. die Lokomotivführer bei den Reichseisenbahnen, Steuerleute und Maschinisten; 1500 bis 2600 M. bekommen die Förster und Waldmeister der Heeresverwaltung. 1400 bis 2800 M. bekommen Mechaniker und Maschinisten. 1650 bis 3000 M. erhalten Kanalmeister, Kanzlisten beim Kanalamte und sonstigen Reichsanstalten. 1800 bis 3200 M. Kanzleisekretäre, Hafenmeister. 2500 bis 3200 M. Obermaschinisten, Lithographen, Revisoren und Werftinspektoren. 1650 bis 3300 M. technische Sekretäre, Werkstättenvorsteher, Wasserwerksinspektoren, Oberpost- und Telegraphenassistenten, Postassistenten Postverwaltungsbetriebssekretäre. 1800 bis 3300 M. Sekretariatsassistenten beim Statistischen Amt. 1800 bis 3600 M. Zeichner und Werkmeister beim Kanalamte, Militärbausekretäre. 2000 bis 3600 M. Inspektoren bei den Verpflegungsämtern, Bekleidungsämtern usw. 2600 bis 3600 M. Oberlotsen und Werkstättenvorsteher beim Luftschifferbataillon. 1800 bis 4000 M. Rektoren, Elementarlehrer, Organisten und Gesangslehrer der Heeres- und Marineverwaltung. 2000 bis 4000 M. Bahnhofsvorsteher, Bahnmeister 1. Klasse und Werkmeister der Eisenbahnverwaltung. 2500 bis 4200 M. Marine-Oberzahlmeister und Zahlmeister. 1800 bis 4500 M. Militärgerichtsschreiber. 2100 bis 4500 M. Obergärtner, Kalkulatoren, Obersekretäre, Oberbahnhofsvorsteher usw. 2500 bis 4400 M. Oberpostpraktikanten. 3000 bis 4500 M. Oberinspektoren, Oberpostkassenkassierer und Hauptkassierer. 2700 bis 4800 M. Landmesser und Chemiker der Eisenbahnverwaltung. 3600 bis 4800 M. Buchhalter, Rendanten und Archivare. 2500 bis 5000 M. Post- und Telegrapheninspektoren. 3200 bis 5000 M. Oberstabs- und Stabsveterinäre, Proviantmeister, Betriebsinspektoren, Obermeister und Rendanten bei den Werften. 4400 bis 5500 M. Administratoren bei den Remonte-Depots. 4800 bis 5500 M. Marinestabszahlmeister. 3000 bis 6000 M. Militär- und Marinepfarrer, Oberpostinspektoren, Post- und Telegraphendirektoren bei kleinern Aemtern. 3000 bis 6600 M. Registratoren, Kalkulatoren und Stenographen beim Reichstag, geheime Kanzleiinspektoren und Telegrapheningenieure. 4200 bis 6600 M. Rechnungsdirektoren. 5400 bis 6600 M. Geh. Kanzleivorstände, Bureauvorsteher beim Generalstab und Vermessungsdirigenten. 2700 bis 7200 Bibliothekare, Oberlehrer der Heeresverwaltung und Baumeister für Schiffbau, Eisenbahnbau- und Betriebsinspektoren, Post- und Telegraphendirektoren bei größeren Zivilämtern 1. Klasse. 4200 bis 7200 M. Intendanturräte, Posträte, Oberposträte, Betriebsinspektoren usw. 5100 bis 7500 M. ständige Hilfsarbeiter bei den Zentralbehörden und Obertelegrapheningenieure. 5814 bis 7614 M. Oberkriegsgerichtsräte. 7500 bis 10 000 M. Direktoren bei dem Reichsamt des Innern unterstehenden Behörden. 7500 bis 11 000 M. Abteilungschefs, vortragende Räte, Oberpostdirektoren und Direktoren der Reichsdruckerei. 14 000 bis 17 000 Direktoren in den Reichsämtern. 12 000 M. Räte, Staatsanwälte bei den Militärgerichten, Reichsgerichtsräte und Reichsanwälte. 14 000 M. Vorsitzender der Verwaltung des Invalidenfonds und Direktoren im Rechnungshofe. 15 000 M. die Präsidenten verschiedener Reichsämter. 20 000 M. die Unterstaatssekretäre in den Reichsämtern. 26 900 M. Präsident des Reichsgerichts. 30 000 M. Staatssekretäre der Reichsämter. 36 000 M. Reichskanzler (abgesehen von dem Repräsentationsgelde), Staatssekretär des Auswärtigen und Staatssekretär des Innern.

Besoldungsvorlage II. Diese Besoldungen beziehen sich auf die Beamten und Angestellten im diplomatischen Dienst. Es erhalten 2500 bis 5500 M. Vizekonsuln, Dolmetscher, Kassierer, Kanzleivorstände; 3000 bis 6000 M. Botschaftssekretäre und Legationssekretäre; 4500 bis 7500 M. Konsuln, 7500 bis 11 000 M. diplomatische Agenten und Generalkonsuln, 8000 bis 12 000 M. Ministerresidenten, 18 000 M. Gesandte, 20 000 M. Botschafter.

Besoldungsordnung III. Leutnants 1500 bis 2100 M., Aerzte 1500 bis 2160 M., Hauptleute 3400 bis 5100 M., Oberstabsärzte 2. Klasse 6102 M., Bataillonskommandeure 7074 M., Regimentskommandeure und Generalärzte 8772 M., Brigadekommandeure 10 260 M. und 900 M. Zulage, Direktoren der Kriegsakademie 13 554 M. und 3600 M. Zulage, Gouverneur von Berlin 13 554 M. und 15 000 M. Zulage; Adjutanturoffiziere und Offiziere in besonderen Stellungen beziehen Gehälter von 1500 bis 13 980 M. und Zulagen von 900 bis 18 000 M., Kriegsminister 36 000 M. Aehnlich geregelt sind die Gehälter bei der Marine.

Besoldungsordnung IV. Hoboisten, Hornisten und Trompeter 187,20 M., Unteroffiziere mit bis 5½jähriger Dienstzeit 302,40 M., mit längerer Dienstzeit 475,20 M., Vizefeldwebel und Vizewachtmeister, Sergeanten und Unteroffiziere nach neunjähriger Dienstzeit 505,20 M., Feldwebel und Wachtmeister 745,20 M., Unterveterinäre 1206 M., Unteroffiziere, die besondere Stellungen einnehmen, z. B. als Unterzahlmeister, Schirrmeister, Wallmeister, beziehen Gehälter bis zu 2151 M. Von einer besseren Bezahlung der Soldaten ist in der Vorlage nichts enthalten. Zu den Gehältern kommen dann noch die Wohnungsgeldzuschüsse; es sind fünf Ortsklassen geschaffen. In Ortsklasse A beziffert sich der Wohnungsgeldzuschuß von 480 bis 2250 Mark; B: 360 bis 1800 M.; C: 290 bis 1350 M.; D: 220 bis 1080 M.; E: 150 bis 900 M.

Nicht strafbarer Stimmenkauf.

Bei der Landtagswahl im Kreise Apenrade-Sonderburg ist den **Dänen der Vorwurf** erhoben worden, daß deutsche Wähler Stimmenkauf **betrieben hätten.** Die Staatsanwaltschaft hat auf die ganz bestimmten **Beschuldigungen** hin ein Ermittelungsverfahren eingeleitet.

Jetzt ist dem Sekretär des dänischen Wählervereins von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung zugegangen, daß keine Anklage gegen die in der Stimmenkaufs-Affäre verwickelten Personen erhoben wird. **Der ablehnende Bescheid wird** von der Staatsanwaltschaft damit begründet, daß „**kein vollgültiger Beweis**" dafür erbracht sei, daß ein richtiger **Handel** um die Wahlstimme abgeschlossen sei. Ein solcher liege erst vor, wenn der Mann, der seine Stimme verkauft, ausdrücklich erklärt, daß er auf die von der Gegenpartei ausdrücklich gestellten Bedingungen eingehe.

Vom Jagodja-Helden.

Aus Köln geht der Münchner Post eine Benachrichtigung gemäß des § 845 der Zivilprozeßordnung zu, der zu entnehmen ist, daß der kaiserliche Reichskommissar a. D. Dr. Karl Peters die Kosten aus seinem Beleidigungsprozesse gegen die Kölnische Zeitung, in dem Peters unterlegen ist, nicht bezahlt hat. Die Herren Redakteure Brüggemann und Gouverneur a. D. v. Bennigsen haben von Dr. Peters die Rückerstattung der ihnen erwachsenen Kosten und Auslagen im Betrage von 3506 M. 39 Pf. nicht beizutreiben vermocht, da von Dr. Peters eben nichts zu holen ist. Sie haben daher durch ihren Rechtsbeistand die Münchner Post benachrichtigt, daß sie alle Forderungen des Peters, die aus Erstattung von Prozeßkosten und Auslagen in dem Beleidigungsprozeß Dr. Peters kontra Münchner Post herrühren, auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des Schöffengerichts Köln pfänden lassen werden.

Held Peters mit dem feinen Ehrgefühl verklagt also die ganze Welt wegen Beleidigung und zahlt, wenn er im Prozesse unterliegt, keine Kosten.

Das sind wohl auch afrikanische Sitten!

Das Verfahren gegen Schücking. Am Mittwoch wurde mit der Vernehmung Dr. Schückings fortgefahren. Am Donnerstag werden die Plädoyers beginnen, für Donnerstag nachmittag wird das Urteil erwartet. — Auf den Vorhalt des Angeschuldigten, Bürgermeister **Dr. Schücking, daß es** seinem Bruder, dem Universitätsprofessor Dr. **Walter Schücking, nicht möglich** gewesen sei, ihm und der Verteidigung **Telegramme zuzustellen,** hat der Vorsitzende Regierungsrat Dr. Goldschmidt sofort verfügt, daß eine derartige Einengung künftig unterbleibe. **Er erklärte, daß das nur auf ein Mißverständnis des Gerichtsdieners zurückzuführen sei.**

Der vatikanische Maulkorb. Wie der N. Fr. Pr. aus Rom gemeldet wird, hat der Papst den Erzbischof von München beauftragt, dem Professor Schnitzer die Exkommunikation anzukündigen, falls derselbe sich nicht verpflichte, fortan nichts mehr zu publizieren, keine Vorträge mehr zu halten und sich überhaupt jeder öffentlichen Kundgebung zu enthalten.

Eine politische Demonstration im Theater. In die Festvorstellung des Berliner Neuen Schauspielhauses spielte die Erregung der Reichstagsdebatten hinein. Als nämlich in der Szene in Auerbachs Keller Brander die Worte sprach:

„Ich halt' es wenigstens für reichlichen Gewinn,
Daß ich nicht Kaiser oder Kanzler bin..."

brach das Publikum in demonstrativen Beifall aus, der den Künstler minutenlang hinderte, seine Betrachtungen fortzusetzen.

Kleine politische Nachrichten. In Berlin starb am Mittwoch der Generalstaatsanwalt Dr. Ludwig Wachler. Vor drei Jahren wurde ihm der Titel eines Generalstaatsanwalts verliehen. — Ein deutsch-portugiesischer Handelsvertrag ist vom Wirtschaftlichen Ausschuß unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg gutachtlich erörtert worden. Die Vorverhandlungen über den Handelsvertrag mit Dänemark werden am 20. November wieder aufgenommen. — Aus Wien wird gemeldet: Der Justizminister brachte einen Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung im Parlament ein, der bezweckt, straffällige, unmündige Jugendliche und Verwahrloste auf öffentliche Kosten und unter öffentlicher Aufsicht zur Erziehung an geeignete Familien, Anstalten oder Vereine zu überweisen. — Die Gesetzentwürfe über die Verstaatlichung der [illegible] österreichisch-ungarischen Eisenbahngesellschaft, der Nordwestbahn und der Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn sind dem Abgeordnetenhause zugegangen. — In dem Gesetzentwurf über die Annexion Bosniens und der Herzegowina wird, nach einer Budapester Meldung, auf das alte Recht der ungarischen Könige hingewiesen, die in Bosnien vor der türkischen Herrschaft regiert haben. Die Annexion wird damit begründet, daß durch sie Vertrauen in die Stabilität der Institutionen erweckt und abenteuerlichen politischen Plänen ein Ende gesetzt werde. Das Verhältnis Bosniens und der Herzegowina zu Ungarn bleibt bis zum Zustandekommen eines Uebereinkommens mit Oesterreich unverändert. — In der ordentlichen Tagung der luxemburgischen Kammer teilte Staatsminister Eyschen mit, daß die geistigen Kräfte des Großherzogs derart abgenommen haben, daß die Einsetzung einer Regentschaft nötig wird. — B. T. A. meldet aus Täbris: Ain ed Dauleh hat im Dorfe [illegible] eine feste Stellung eingenommen. In den letzten Tagen sind 800 Kosaken aus Teheran eingetroffen. In den letzten Tagen ging Bahir Khan mehrfach gewalttätig gegen russische Untertanen vor. Der Schah hat die Mitglieder der Erdschümen von Täbris nach Teheran berufen. — Zwecks von Verhandlungen telegraphisch nach Teheran berufen. — Die von der Budgetkommission des Repräsentantenhauses der Tarifrevision eingeräumten Termine für die Interessenten an der Tarifrevision nahmen, wie aus Neuyork berichtet wird, ihren Anfang. Die meisten Fabrikanten opponierten gegen eine Ermäßigung der Zölle.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Ministerkrisis.

Wien, 11. November. Die Ansichten über die Kabinettsbildung gehen noch stark auseinander, da immer noch große Differenzen zwischen den einzelnen Parteiführern bestehen, die mit Bienerth Besprechungen hatten. Trotzdem scheint die Stimmung der [illegible] eines Koalitionsministeriums günstiger zu sein.

Die ungarische Wahlreform.

Budapest, 11. November. Der Minister des Innern, Graf Andrassy, hat heute dem Abgeordnetenhause den Entwurf des **Gesetzes über die Wahlreform** vorgelegt. Die Bänke und die Galerien sind dicht besetzt. Als sich Graf Andrassy zum Sprechen erhebt, ertönen lebhafte Rufe von den Bänken der Nationalitäten, u. a. der Zuruf: „**Ehrenwort!**" Ein allgemeiner Sturm erhebt sich darauf im Hause, besonders bei den Mitgliedern der Unabhängigkeitspartei. Man hört: „Zur Ordnung!" „Wer war der Frechling?" Nachdem der Präsident die Ruhe wieder hergestellt hat, erklärt er, der Zwischenrufer möge sich melden. Hierauf erhebt sich der Slowak Milan Ivanka. Ein riesiger Lärm entsteht. Es wird gerufen: „Hinaus mit dem Vaterlandsverräter!" Der Präsident ruft Ivanka zur Ordnung.

Auf den Zuruf, daß er nicht **Wort gehalten** und nicht eine **Vorlage über ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht** eingebracht habe, erwiderte der Minister erregt: „Wer behauptet, ich hätte mein Ehrenwort gebrochen, lügt." Der Minister erörterte hierauf eingehend, daß von der Regierung ein allgemeines Wahlrecht zugesagt worden sei, nicht aber ein geheimes und gleiches. Der Zweck dieser [illegible] **Wahlreform,** sagte der Minister, ist, daß in dem Parlament [illegible]